

Kongresse, Delegiertenversammlungen und Konferenzen

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **2 (1910)**

Heft 12

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Einfluss der Regierungstätigkeit beraubt werden.» Die Richtigkeit dieser Ausführungen leuchtet auf den ersten Blick ein. Zu allen Zeiten hat der Staat, als der Stützpunkt der Unterdrückungs- und Entrechtungsbestrebungen, in einem schroffen Gegensatz zu der grossen Masse des Volkes gestanden und umgekehrt hat das Volk die Tätigkeit des Staates fortwährend mit Misstrauen betrachtet. Dieses instinktive Gefühl des Misstrauens können wir auch noch heute, und heute erst recht, wahrnehmen. Und mag sich die Regierung noch so sehr in den Mantel der Volksfreundlichkeit hüllen und sich den Anschein geben, als tue sie alles nur im Interesse des Volkes, mag sie noch so sehr von ihrem warmen Herzen für das Volk reden, das Misstrauen des Volkes schläft nicht, trotz aller Einschläferungsversuche. Daher auch das Bestreben der breiten Volksmassen, an der Regierung teilnehmen und sich das Mitbestimmungsrecht erkämpfen zu wollen, daher das Verlangen nach einer wirklichen Verfassung, die dem Volke die Möglichkeit gibt, seine Geschicke selbst zu lenken und zu leiten, daher der immer wieder hervorbrechende starke Wille, der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen.

Weder in der Theokratie, der Herrschaft einer Priesterkaste, die sich als die Vollstreckerin des göttlichen Willens aufspielt, noch in der Aristokratie, der Herrschaft der «Edelsten und Besten der Nation», noch in der Monarchie, der Herrschaft einer einzelnen Familie, können die Interessen eines Volkes gewahrt bleiben, nur die Demokratie ist imstande, dem Volke zu seinem Rechte zu verhelfen. Naturgemäss schwebt deshalb jedem zum Bewusstsein erwachten Volke die demokratische Staatsform als das erstrebenswerte Ziel seiner Politik vor. Das souveräne Volk will keinen Herrscher mehr über sich dulden, sondern es will durch selbstgewählte Vertrauensmänner sein Geschick selbst in die Hand nehmen.



Kongresse, Delegiertenversammlungen und Konferenzen.

Eisenbahner.

Demonstrationsversammlung der A. U. S. T.

Am 11. Dezember fand in Olten eine imposante, von der Arbeiterunion schweiz. Transportanstalten einberufene Demonstrationsversammlung statt, die von über 3000 Eisenbahnern der verschiedensten Kategorien besucht wurde.

Zweck dieser Versammlung war, der Generaldirektion der S. B. B. das alte Postulat der in der A. U. S. T. organisierten Eisenbahner, d. h. die Notwendigkeit der *Ernennung der Taglohnarbeiter zu Angestellten* in Erinnerung zu rufen. Ferner sollte die Demonstrationsversammlung der vom Vorstand der A. U. S. T. im Laufe des Jahres

eingereichten Forderung über *Ausrichtung einer Teuerungszulage von 200 Fr. pro 1910* an die Arbeiter aller Kategorien der S. B. B. den nötigen Nachdruck verleihen.

Als letzter Programmpunkt war ein *Referat von Grossrat Schneeberger* über verschiedene *Gewerkschaftsfragen* vorgesehen.

Genosse Albisser, Luzern, eröffnet die Versammlung und erinnert in seinem einleitenden Referat kurz an die wichtigsten Daten aus der Geschichte der A. U. S. T. Am Schlusse seiner Ausführungen kommt Albisser auf die oben bezeichneten Postulate zu sprechen, deren Bedeutung er besonders hervorhebt. Es folgt das Referat des Sekretärs Brugger, der mit sichtlichem Erfolg für die Regelung der Anstellungsverhältnisse der Taglohnarbeiter bei der S. B. B. eintritt und bei der Gelegenheit den Personalmangel, der sich im Gebiet des II. Kreises der S. B. B. besonders geltend macht, gebührend kritisiert. Diese Kritik erscheint um so notwendiger, als die seit dem Jahre 1908 bei den S. B. B. scharf einsetzende Spartaktik sich in der Hauptsache auf Kosten der untern Kategorien des Dienstpersonals und der Bahnarbeiter geltend macht, während oben nach wie vor mit voller Kelle geschöpft wird, d. h. man will sich in den obern Regionen keine Einschränkung auferlegen. Wird bei den S. B. B. in der gleichen Weise weitergespart, so müssen dadurch eine beträchtliche Anzahl Arbeiter des einzigen Vorteils, den die Eisenbahner dem übrigen Proletariat noch voraus haben, verlustig gehen, nämlich der Aufnahme in die Pensions- und Hilfskasse — die gerade für diese untern Kategorien am notwendigsten wäre — während andererseits der Personalmangel für die Grosszahl der Eisenbahner schliesslich Ueberanstrengung d. h. eine ungerechte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zur Folge haben muss. Man wird daher die nachstehende, einstimmig angenommene Resolution als eine jedenfalls massvoll gehaltene Willenskundgebung der Eisenbahner bezeichnen müssen:

Resolution:

Der heutige Eisenbahnerarbeitertag erklärt die gegenwärtigen Zustände bezüglich die Ernennung der Arbeiter zu Angestellten als unhaltbar, da in Tat und Wahrheit das Besoldungsgesetz für grosse Teile des Personals unausgeführt bleibt und damit eine ausreichende Alters-, Witwen- und Waisenversorgung und eine gesicherte Stellung zahlreichen Arbeitern und ihren Familien vorenthalten wird und man sich so in Widerspruch mit den eigenen Versprechungen der Rückkaufsbotschaft und der frühern Praxis setzt.

Er verlangt daher die Ausführung des Besoldungsgesetzes und erwartet, dass die Frage in der Bundesversammlung zur Sprache komme.

Er stellt auch neuerdings das bestimmte Begehren, dass die Revision der Reglemente 25 und 25a nach dem nunmehrigen Inkrafttreten des Besoldungsgesetzes gemäss den gemachten Versprechungen gefördert werde.

Weber (Zentralpräsident) widmete seine Ausführungen der *Teuerungsfrage*. Eine grosse, mächtige Bewegung habe das Personal der S. B. B. durchgemacht für das Besoldungsgesetz. Nur die Arbeiterschaft stehe noch draussen. In ihrem Namen hat die Verbandsleitung seinerzeit eine Eingabe um Ausrichtung einer Gehaltszulage von 200 Fr. eingereicht und um Ausrichtung einer Teuerungszulage in dieser Höhe, solange die Besoldungserhöhung nicht perfekt ist. Dabei soll *kein Unterschied der Kategorie* gemacht werden. Die Arbeiterschaft hat ein Anrecht auf diese 200 Fr. nicht nur, weil die Erträge der S. B. B. dieses Jahr so gross sind, sondern weil sie es notwendig braucht. — Die Teuerung wird auch im Auslande anerkannt und es wurden Zulagen von 150 Mark bewilligt. Not und Entbehrung sind über weite Kreise hereingebrochen. Der Bund hat die Pflicht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, dass die schlimmen Folgen der Teuerung sich nicht noch mehr geltend machen. Nicht das Personal oder die Arbeiterschaft tragen die Schuld an der Teuerung. Zweifellos hat der Zoll auf einigen Bedarfsartikeln die Verteuerung gefördert. Der Bund hat alle Ursache, neben der Landwirtschaft auch die Arbeiterschaft zu berücksichtigen und ihr zu einem erträglichen Dasein zu verhelfen. Mit grosser Begeisterung war die Arbeiterschaft bei der Verstaatlichung dabei; seither sind viele Hoffnungen zu Wasser geworden. Ein Direktor hat gerühmt, dass seit der Verstaatlichung alle vorgesehenen Amortisationen und Verzinsungen gemacht wurden. Ein grösserer Ruhmestitel wäre es, wenn die S. B. B. auch ihren sozialen Pflichten voll nachkommen würde.

Weber gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Bundesbehörden auch ihren sozialen Pflichten nachkommen werden, nachdem sie viele weniger dringende Anforderungen berücksichtigt haben.

Hr. Weber verlas zum Schlusse folgende Resolution:

Resolution:

Der heutige Eisenbahnertag erklärt sein ausdrückliches Einverständnis mit der Eingabe des Zentralkomitee A. U. S. T. über die Ausrichtung einer Teuerungszulage pro 1910 von 200 Fr. an die Arbeiter der S. B. B. aller Kategorien und ohne Unterschied des Zivilstandes, ebenso an sämtliche Linienarbeiter pro rata temporis.

Er erwartet von den Bundesbehörden, dass sie mit Rücksicht auf die den Beamten u. Angestellten der S. B. B. durch das Besoldungsgesetz eingeräumte Jahreszulage von 200 Fr. und im Hinblick auf die derzeitige ausserordentlich empfindliche Verteuerung des Lebenshaltung, diesem begründeten Begehren in vollem Umfange entsprechen werden.

Für das Arbeiterpersonal des Kreises 5 muss in bezug auf die Teuerungszulage für die Jahre 1909 und 1910 Gleichstellung mit dem Personal der übrigen Kreise verlangt werden.

Diese Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Nun folgte der dritte Teil des Programms: *Das Referat von Gen. Schneeberger*, Metallarbeitersekretär in Bern, über „*Gewerkschaftswesen*“. Gen. Schneeberger hat in seiner Rede kein Blatt vor den Mund genommen. Mit unwiderleglichen Ausführungen wies er die Schädlichkeit aller Akkordarbeit nach. Der Ansporn durch die Akkordarbeit sei nicht notwendig; dieser Ansporn ist bei jedem Arbeiter vorhanden. Entlassungsgefahr, Sorge um Existenz und Familie sind im Notfall Ansporn genug. Die Akkordarbeit hat eine Reihe von Uebelständen im Gefolge, die wir heute nicht alle behandeln können. Von den Werkstättearbeitern der S. B. B. haben sich bei einer kürzlichen Abstimmung 220 dagegen und nur 600 dafür ausgesprochen. Die Akkordarbeit drückt auf die Stundenlöhne.

Der Referent wies nach, dass die Lohnzahlung der Werkstättearbeiter weit unter den Löhnen der Privatindustrie stehen und dass die Industriellen alle Anstrengungen machen, um die Löhne in den Bundesbahnwerkstätten nicht in die Höhe gehen zu lassen.

Warm empfahl Gen. Schneeberger den Anwesenden die *gewerkschaftliche*, aber ebenso warm die *politische Organisation*. Auf der ganzen Linie wird der Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft geführt und wenn sie sich dagegen wehrt, so heisst es, sie führe den Klassenkampf. Die « weisse Salbe » (Arbeiterkommissionen) hilft nicht viel, wenn sie auch noch so sehr von gewisser Seite empfohlen wird. Der beste Rückhalt ist eine gute Arbeiterorganisation. Solidarität unter sich und mit der übrigen Arbeiterschaft. Schneeberger wünschte, dass die Anwesenden mit dem Vorsatz nach Hause gehen, dort alle event. Schäden in der Organisation ausbessern zu helfen, damit jeder einzelne voll Vertrauen auf seine Organisation blicken kann. Er wünschte den beiden heute beschlossenen Postulaten besten Erfolg. (Tosender Beifall und Bravos.)

Mit einem kräftigen Schlusswort schloss Gen. Albisser die denkwürdige Versammlung, wünschte den Anwesenden gute Heimkehr und der Eisenbahnarbeiterschaft Mut, Kraft und Entschlossenheit zu ihren Bestrebungen.

Ausserordentlicher Verbandstag der Handels- und Transportarbeiter.

Am 13. November hielten in Zürich die Handels- und Transportarbeiter einen ausserordentlichen Verbandstag ab, zu dem 29 Delegierte, die 26 Sektionen vertraten, ferner ausser den Mitgliedern des Zentralvorstandes, der Vorsitzende des deutschen Transportarbeiterverbandes und einige andere Gäste der deutschen Bruderorganisation erschienen waren.

Als wichtige Traktanden mit denen der Verbandstag sich beschäftigte, sind zu nennen: *Vorstandsbericht, Anschluss der Organisation der Handlungsgehilfen, Statutenrevision, Umgestaltung des Verbandsorgans.*

Den Vorstandsbericht erstattet der Verbandssekretär Genosse Walter, der über die zahlreichen Bewegungen, über die Agitation und die Verwaltungsarbeiten, mit denen sich der Vorstand und speziell der Verbandssekretär seit dem letzten Verbandstag beschäftigte, ausführlich referierte. Die Delegierten haben den Bericht einstimmig gutgeheissen und dadurch dem regen Eifer und der Ausdauer, die die Verbandsleitung und der Verbandssekretär bei allen Anlässen wo es galt, die Interessen der Mitglieder zu wahren und die Entwicklung der Organisation zu fördern, an den Tag legten, die gebührende Anerkennung dokumentiert.

Ueber die Frage des Anschlusses der in Zürich und St. Gallen bestehenden Gewerkschaftsorganisationen der Handlungsgehilfen, referierten *Walter* und *Nehrwein*. Beide Referenten schildern die zurzeit sehr verbesserungsbedürftigen Arbeitsverhältnisse der Handlungsgehilfen, speziell die des sogenannten untern Ladenpersonals beiderlei Geschlechts und erinnern an die bisher fast erfolglosen Bemühungen, für diese Kategorie Lohnarbeiter eine eigene, aktionsfähige Gewerkschaftsorganisation ins Leben zu rufen. Beide Referenten geben am Schlusse ihrer Ausführungen der Ueberzeugung Ausdruck, dass zwischen den Handels- und Transportarbeitern und dem Laden- oder Verkaufspersonal gemeinsame wirtschaftliche Interessen bestehen, die es ermöglichen sollten, das, was bisher der einzelnen Gruppe, d. h. dem Ladenpersonal oder den Transportarbeitern allein nicht gelingen wollte durch gemeinsames Vorgehen, d. h. durch Vereinigung ihrer Kräfte und Mittel in einer Organisation zu erreichen.

Nach gewalteter Diskussion wurden folgende Anträge in dieser Sache angenommen:

1. Die zurzeit in Zürich und St. Gallen bereits bestehenden Sektionen der Handlungsgehilfen werden ohne Erhebung einer Eintrittsgebühr in den Verband der Handels- und Transportarbeiter aufgenommen.

2. Die Handelsangestellten erhalten im Zentralvorstand eine entsprechende Vertretung.

3. Der Titel der Fachzeitung wird in «*Handels- und Transportarbeiter*» (statt nur «*Transportarbeiter*») abgeändert.

4. Bei der Besetzung der in Aussicht genommenen Stelle eines zweiten Verbandsbeamten werden die Handelsangestellten berücksichtigt. Die Besetzung erfolgt, sobald es die finanziellen Verhältnisse des Verbandes erlauben. Bis zu diesem Zeitpunkt kann der Vorstand zur Entlastung des Sekretärs eine Hilfskraft anstellen.

Nachdem noch über diverse Statutenänderungen, auf die wir hier im einzelnen nicht eintreten können, diskutiert und Beschluss gefasst worden war, gelangte mit 16 gegen 12 Stimmen der Vorschlag zur Annahme, das bisher wöchentlich erscheinende Verbandsorgan vom 1. Januar 1911 an nur einmal alle zwei Wochen erscheinen zu lassen.

Delegiertenversammlung der Lokomotivheizer.

Am 18. Dezember fand im Café Corso in Bern eine von zirka 250 Mann besuchte Delegiertenversammlung des Vereins schweiz. Lokomotivheizer statt, deren Hauptaufgabe darin bestand, zu den Fragen der internen Reorganisation des Heizervereins und dessen Beziehungen zum Verein schweiz. Lokomotivführer Stellung zu nehmen.

Bekanntlich wurde besonders seit dem Eintritt des V. S. L. H. in den Gewerkschaftsbund, in Olten ein förmliches Kesseltreiben gegen dessen Zentralvorstand, namentlich aber gegen den Sekretär des V. S. L. H. inszeniert, um diesem die Arbeit zu vereiteln, und womöglich die Leitung dieser Organisation den Söldnern der sogenannten Freisinnigen in Olten in die Hände zu spielen.

Allerdings hatte bereits die einige Wochen vorher in Zürich stattgehabte Präsidentenversammlung einen glänzenden Beweis dafür geleistet, dass die Vertrauensmänner der Sektionen des V. S. L. H. sich weder bestechen noch überlisten lassen. So mussten die Söldlinge und Schrittmacher der bürgerlichen Reaktion einsehen, dass ihr Manöver gründlich scheiterte. — Um so eifriger begannen sie nun das eigentliche Zerstörungswerk offen und direkt auszuführen, die Einigkeit und der Frieden im Innern des V. S. L. H. sollten um jeden Preis vernichtet werden.

Dabei zeigten die Giftmischer eine Frechheit und Bissigkeit, wie sie die gefährlichste Sorte Ratten nicht schlimmer zu entfalten vermag. Gegen solche Elemente musste ein für allemal St. llung genommen werden, es war dies ein Gebot der Notwehr, die elementarste Pflicht der Selbsterhaltung.

Deshalb mussten die Statuten des V. S. L. H. so abgeändert werden, dass dem Zentralvorstand für die Zukunft die Möglichkeit geboten ist, mit Elementen, die im Solde des Gegners der Organisation stehend, jeden Anlass dazu benützen, systematisch die Organisation zu schädigen, prompt abzurechnen.

Ausser diesen Umständen bildete das Verhalten eines Teils der Mitgliedschaft des Vereins schweiz. Lokomotivführer bei Anlass der jüngsten Lohnbewegungen der Heizer und gegenüber der Frage des Anschlusses des Lokomotivpersonals an den Gewerkschaftsbund Ursache zu einer gründlichen Statutenrevision, die das Verhältnis der Heizer und Führer in der Organisation auf vollständig neuer Grundlage regeln soll.

Ueber die eben geschilderte Sachlage und die daher notwendigen Massnahmen, sowie über die Prinzipien, die den neuen Statuten der Organisation des Lokomotivpersonals zugrunde gelegt werden sollen, referierten abwechselnd der Vereinspräsident und der Berichterstatter der vorberatenden Kommission.

Wir werden über die bei dem Anlass gemachten Ausführungen respektive über die wichtigsten Punkte der erwähnten Statutenrevision berichten, sobald die Mitglieder des V. S. L. H. definitiv darüber Beschluss gefasst haben. Für heute sei nur noch mitgeteilt, dass sämtliche Diskussionsredner sich im Prinzip mit den Ausführungen und Vorschlägen des Zentralvorstandes und der vorberatenden Kommission einverstanden erklärten.

Erst als es sich darum handelte, zu beschliessen, ob die Urabstimmung über die vom Zentralvorstand gemachten Vorschläge sofort oder erst nach Ablauf von zwei Monaten vollzogen sein müsse, äusserten zwei Redner Bedenken. Bei der darauf folgenden Abstimmung blieben etwa drei Delegierte zurück, während alle übrigen mit Begeisterung für die vom Zentralvorstand beantragte Resolution stimmten.

Diese Resolution, die wir leider nicht im Wortlaut besitzen, erklärt sich mit den Ausführungen und Anträgen der Berichterstatter des Zentralvorstandes und der vorberatenden Kommission einverstanden, und beauftragt den erstern, sofort die zur Sanierung der Situation notwendigen Massnahmen zu ergreifen unter möglichster Berücksichtigung der von den Sektionen etwa geltend gemachten Einwendungen oder Vorschläge zu den neuen Statuten.

* * *

Wir können mit grosser Genugtuung konstatieren, dass wenigstens die Lokomotivheizer und mit ihnen nahezu die Hälfte der Führer von einem Geiste des Fortschritts und der Solidarität erfüllt sind, wie er auch in den fortgeschrittensten und bestentwickelten Gewerkschaftsverbänden die dem Schweiz. Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, kaum besser anzutreffen ist.

